

Am Leben Anteil geben

Statement von Bischof Hermann Glettler zu Fragen der Integration anlässlich einer Fachtagung des Landes Tirol zum Thema „Integration – Chancen und Herausforderungen“, Bildungshaus Grillhof, 6. Juni 2018

Herzlichen Dank für die Einladung, dass ich heute einige Gedanken zu einer der zentralen Zukunftsfragen für unser Land mit Ihnen teilen darf.

Die Mühe um Integration ist der Versuch, der gefährlichen Einteilung von Menschen in eine A- und B-Klasse mit einer positiven Alternative zu begegnen. Das gilt für alle Zielgruppen von Integration, nicht nur für die Integration von Menschen, die vom Ausland zu uns gekommen sind, sondern ebenso für Menschen mit einer physischen oder psychischen Beeinträchtigung, für Menschen mit Suchterkrankungen, für alte und pflegebedürftige Menschen, für Langzeitarbeitslose, ... Heute lege ich den Akzent auf die Herausforderung der Integration von Menschen mit einer Migrationsgeschichte.

Integration verträgt keinen Aufschub, weil sich die Aufgabenstellung mit fortschreitender Zeit extrem vergrößert. Menschen, die an der Mehrheitsgesellschaft – an ihren politischen, kulturellen und ganz alltäglichen Lebensvollzügen – nicht wirklich Anteil nehmen können, werden sich früher oder später in eine Oppositionshaltung begeben.

1. Integration lebt vom Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft

Vielleicht sind sie überrascht, dass ein katholischer Bischof mit dieser These beginnt. Unter einer offenen Gesellschaft verstehe ich das Miteinander unterschiedlicher weltanschaulicher, politischer und religiöser Überzeugungen. Diese Pluralität ist das Grundmerkmal heutiger Gesellschaft – weder Wunschbild noch Alptraum, einfach Faktum. Innerhalb dieser Diversität ist eine möglichst freie und allen zugängliche Kommunikation zu fördern, in der persönliche Überzeugungen und individuelle Lebensstile zu respektieren sind, solange alle Beteiligten in diesem gesellschaftlichen Diskurs dieses Grundrecht auch anderen zubilligen. Gegenüber einer programmatischen Intoleranz kann es natürlich keine Toleranz geben. Neben dieser Theorie braucht es zum Erweis der Glaubwürdigkeit natürlich auch den herzhaften Einsatz für das Gemeinwohl. Die Balance zwischen den Interessen des Individuums und jenen der Gemeinschaft ist immer neu zu suchen.

Die erschreckende, aber immer öfter hörbare Rede von „Masseneinwanderung“, „Wirtschaftsflüchtlingen“ und „Kulturfremden“ bereitet den Boden für eine immer aggressiver werdende Stimmung gegenüber den „Ausländern“. Wer nimmt denn noch wahr, dass es um Menschen geht, die ihre Heimat aufgrund von Terror oder Krieg verlassen mussten oder aus Gründen wie effektive Perspektivlosigkeit, fehlende Zukunftschance, ermüdende Korruption u.a. verlassen wollten. Eine sukzessiv sich steigernde Aggression gegen Fremde verunmöglicht wirkliche Begegnungen, die jedoch Voraussetzung für eine gelingende Integration sind. Diese Überzeugung bringt Papst Franziskus wiederholt zum Ausdruck:

„In die Kultur anderer einzutreten, sich in die Lage von Menschen zu versetzen, die so verschieden von uns sind, und ihre Gedanken und Erfahrungen zu verstehen, ist nicht leicht. Und so verzichten wir oft auf die Begegnung mit dem anderen und errichten stattdessen Barrieren zu unserer Verteidigung. Die örtlichen Gemeinschaften haben mitunter Angst, dass die Neuangekommenen die festgesetzte Ordnung stören und ihnen etwas von dem „rauben“ könnten, was mühevoll aufgebaut

wurde. Auch die Neuangekommen haben Ängste: Sie fürchten die Auseinandersetzung, das Urteil, die Diskriminierung, das Scheitern. All diese Ängste sind gerechtfertigt und gründen sich auf Zweifeln, die menschlich gesehen völlig verständlich sind. Zweifel und Befürchtungen zu haben ist keine Sünde. Sünde ist es zuzulassen, dass diese Ängste unsere Antworten bestimmen, unsere Entscheidungen bedingen, den Respekt und die Großherzigkeit in Mitleidenschaft ziehen, die Ablehnung nähren und Hass schüren. Es ist Sünde, auf die Begegnung mit dem anderen, mit dem Außenseiter, mit dem Nächsten zu verzichten, ist sie doch wirklich eine bevorzugte Gelegenheit zur Begegnung mit Gott, dem Herrn der Geschichte.“ (Papst Franziskus, Predigt zum Welttag der Migration, 14. Jänner 2018)

2. Was verstehen wir unter Integration – und was nicht?

Integration kann vielfach missverstanden werden. Integration kann nicht die vollkommene Zurücknahme oder Verleugnung kultureller und religiöser Prägungen bedeuten, die Menschen in unser Land mitbringen. Das wäre eine Assimilation, die zum Nachteil aller Beteiligten gereicht, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Aufnahmegesellschaft einer kulturellen Inspiration und einer immer nötigen „Befruchtung“ von außen beraubt. Integration kann aber auch kein Freibrief für alle möglichen Verhaltensweisen sein, die keine Rücksicht auf die Kultur und Lebensgewohnheiten der Menschen des aufnehmenden Landes nehmen. Integration verstehe ich als einen wechselseitigen Kommunikationsprozess, bei dem alle Beteiligten Schritte aufeinander zugehen müssen. Das erfordert ein beidseitiges Engagement. Angelehnt an ein bekanntes Zitat von Karl Valentin: „Integration ist schön, macht aber viel Arbeit.“ Es geht dabei nicht nur um das Erlernen der deutschen Sprache, sondern um ein wirkliches Kommunizieren, d.h. um ein Anteil geben und Anteil nehmen am öffentlichen Leben. Heimat findet ein Mensch dort, wo er sein darf, ohne sich für sein Dasein rechtfertigen zu müssen. Wer die Erfahrung einer wachsenden Beheimatung macht, wird sich längerfristig konstruktiv in die Gesellschaft einbringen. Wer auf die Verliererstraße gedrängt wird, baut bewusst oder unbewusst ein gefährliches Aggressionspotential im Vis-a-Vis zur Mehrheitsgesellschaft auf.

Beispiel des Gelingens: Die Erfolgsgeschichte der Lerncafés. Schulsozialarbeiter sind zwar ein guter Ansatz, aber durch die Vielzahl und Brisanz der Fälle oft überfordert. In den Lerncafés gibt es ehrenamtliche Lernbegleiter, die eine persönliche Betreuung der Kinder möglich machen. Aus Verlierern werden Kinder, die mit schulischen Erfolgen Selbstvertrauen tanken.

3. Integration ist möglich – und für alle Beteiligten ein Gewinn!

Diese Behauptung nährt sich aus vielen Erfahrungsberichten. Zwei Beispiele: 1. Köche aus Ghana in einem Grazer Haubenlokal, das für seine exquisite steirische Küche bekannt ist. 2. Nabil Halawani aus Syrien. Nach einem halben Jahr Aufenthalt in Graz – Führungen auf Arabisch im Stadtmuseum von Graz. 3. Internationaler Frauentreff in der Pfarre St. Andrä. An dieser Stelle könnten unzählige Geschichten gelingender Integration aus Tirol aufgezählt werden – Geschichten von ehrenamtlich engagierten Menschen in unterschiedlichen Vereinen, Initiativgruppen in Pfarren u.v.m. Ihnen allen gebührt ein großes Dankeschön für eine enorme Integrationsarbeit, die damit ganz natürlich an der Basis der Gesellschaft geleistet wird.

Unsere Gesellschaft wird bereichert durch Menschen, die eine breite Palette von Talenten, kulturellen Begabungen und auch Lebenserfahrung mitbringen. Das zu übersehen heißt, eine Fülle von Fähigkeiten und Chancen ungenützt zu lassen. Es muss im Interesse von uns allen sein, menschliche und kulturelle Potentiale nicht ungenützt liegen zu lassen. Es ist in allen

gesellschaftlichen Feldern notwendig, Menschen zu Beteiligten und zu Involvierten zu machen, nicht zu Zusehern, denen vielleicht irgendetwas Marginales erlaubt wird. Immer wiederkehrende Gefahr: Wir degradieren Menschen zu Empfängern von Sozialhilfe, aber geben ihnen nicht die Möglichkeit zur Mitgestaltung für ihren eigenen Lebensunterhalt. Statt geförderte Passivität braucht es Anreize für eine aktive Mitgestaltung unserer Gesellschaft – das beginnt mit konkreten Beschäftigungsmöglichkeiten. In Tirol hat es erfreulicher Weise ein großes Angebot an gemeinnützigen Tätigkeiten für Asylsuchende gegeben, das bestens angenommen wurde.

Nicht oft genug kann man für eine realistische Gesamtbeurteilung plädieren: Österreich war und ist – spätestens seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, wie auch in vielen Phasen seiner Geschichte faktisch ein Zuwanderungsland. Das macht auf weiten Strecken den sympathischen Mix des Österreichischen aus.

Fast alle, die sich auf Begegnungen mit den sogenannten „Ausländern“ einlassen, werden bestätigen, dass wir – ob Inländer oder Ausländer – voneinander lernen können. Ich meine damit nicht nur einen erfreulichen Kulturtransfer, der bei den beliebten Multikulti-Veranstaltungen gefragt ist, sondern auch ein Lernen von Lebenswissen und Werten. Beispiel: Junge afghanische Männer begleiten ihren Freund in den letzten Wochen bis hin zum Sterben, Geriatriische Klinik, Graz.

4. Rechte und Verpflichtungen hängen zusammen

Eine Aufnahmegesellschaft ist gut beraten, für Strukturen und Voraussetzungen zu sorgen, die eine rasche Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte ermöglichen. Ebenso ist auch von den Zugezogenen nicht nur die Bereitschaft zum Erwerb der deutschen Sprache zu erwarten, sondern auch die Anerkennung der universellen Gültigkeit der Menschenrechte und die demokratische Verfassung unseres Staates, ebenso Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und die gleichberechtigte Stellung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft. All das verpflichtet alle Mitglieder der österreichischen Gesellschaft, ob schon seit Generationen hier lebend, hier geboren oder kürzlich zugewandert. In diesem Sinne geht es um den Erhalt und die Verpflichtung zu einer gemeinsamen „Hausordnung“. Damit wird aber nicht einer Monokultur das Wort geredet, die allen übergestülpt werden sollte. Es geht um einen tatsächlichen Respekt vor den jeweiligen Wurzeln des Anderen, sowie um das soziale Miteinander unterschiedlicher Identitäten.

Leider wird das erst im Herbst 2017 eingeführte „verpflichtende Integrationsjahr“ von der derzeitigen Regierung wieder zurückgefahren. Ich weiß nicht, ob wir 20 Personen haben, die in Tirol aktuell daran teilnehmen. Es wäre der Mix von Arbeitspraktika, die vom AMS vermittelt werden, und Halbzeit Sprach- und Wertekurse. Mit diesem Integrationsjahr, das als „freiwilliges Integrationsjahr“ schon einen Vorlauf hatte, sollte ein sukzessives Hineinwachsen in die österreichische Gesellschaft ermöglicht werden. Anstelle dessen gibt es jetzt nur die Mindestsicherung – mit all den Begleitumständen wie unleistbares Wohnen in unserem Bundesland, verschärft mit der Hürde eines fünfjährigen Aufenthalts im Land, um Anspruch auf eine Gemeindewohnung zu haben.

5. Gelungene Integration braucht ein Gesamtkonzept

Es sind einige wesentliche Faktoren, die im Zusammenspiel ein wirkliches Ankommen von Menschen in unserer Gesellschaft ermöglichen. Im Folgenden zähle ich einige davon auf – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Für jeden Faktor gilt, dass er so früh wie möglich zum Tragen kommen muss. Die verwerfliche Grundidee, dass Asylsuchende noch nicht davon profitieren dürfen, um ja keinen aufenthaltsverfestigenden Status zu erreichen, ist eine kontraproduktive Strategie. Alles, was in den

ersten Monaten und Jahren (!) bis zum Erhalt des positiven Bescheids – oder auch bis zur notwendigen Rückkehr ins Heimatland – an Integration nicht passiert, ist schwer nachholbar. Dafür gibt es eine Reihe von psychologischen Gründen. Vor allem ist es der Schock, nach einer langen, oft extrem strapaziösen und traumatisierenden Fluchtgeschichte, nicht „ankommen“ zu können – maximal geduldet zu sein oder unter dem Verdacht zu stehen, das Aufnahmeland ausnützen zu wollen.

Recht auf Familienleben: Dem Schutz der Kinder und ihren Entwicklungschancen wie auch dem Recht auf Zusammenleben der Familien muss Vorrang eingeräumt werden. Viele Kinder müssen in ihren Familien eine große Last an Integrationsleistung stemmen – sie müssen für die Eltern als Dolmetscher einspringen, auf Ämter mitgehen, die Spannung mit Nachbarn aushalten, einen schwierigen Kulturschock verarbeiten, persönlich einen bildungsmäßigen Startnachteil wettmachen, ... Sie sind tatsächlich oft „young carer“. Das Faktum von Familienzusammengehörigkeit wird bei einigen Fällen von Abschiebungen missachtet.

Zugang zum Arbeitsmarkt: Man gibt den Menschen ihre Würde zurück, wenn es ihnen möglich ist, für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. Arbeitsmöglichkeit und Erwerbstätigkeit stellen wesentliche Integrationsfaktoren dar. Hier braucht es u.a. auch ein Bündel von Maßnahmen, die die raschere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, oder die weitere Harmonisierung von Niederlassungs- und Beschäftigungsrecht. Beispiel eines koptischen Flüchtlings, Familienvater – ausgezeichnete Diplomarbeit in Biologie! War in Graz ein „Flüchtling“, in Wien auf der Universität ein erfolgreicher Student, dessen Bachelor-Arbeit aufgrund ihres wissenschaftlichen Wertes publiziert wurde.

In Mangelberufen wurde seit einigen Jahren jungen Asylsuchenden die Möglichkeit einer Lehrausbildung angeboten. Viele haben davon mit Erfolg schon Gebrauch gemacht – was allerdings faktisch keine anerkannte Leistung für den Verbleib in unserem Land darstellt. In vielen Fällen werden Lehrlinge, die kurz vor ihrer LAP stehen, abgeschoben, weil sie keine Asylgründe haben. Die Möglichkeit eines humanitären Bleiberechtes wird nicht aufgegriffen. Es ist zu einem toten Recht geworden. Nicht zu verstehen!

Faire soziale Absicherung: Sozial- und Familienleistungen müssen allen in Österreich rechtmäßig Niedergelassenen zuteil werden. Eine Politik des „Hinausgrausens“ (Tiroler Ausdruck für ein ekelhaftes Benehmen gegenüber Unerwünschten) führt letztlich zu sozialen Aggressionen und zum Anstieg einer gefährlichen Gruppe von Sozialfällen.

Bildung: Bildung ist wohl der entscheidende Schlüssel zur Armutsvermeidung. Daher muss den Kindern und Jugendlichen aus Migrationsfamilien der gleiche Zugang zu Schul- und Bildungseinrichtungen gewährleistet werden. Es ist höchst gefährlich, ihnen das Signal zu geben, dass sie eigentlich nicht dazugehören, bzw. nicht dazu gehören können. In unseren Schulen gibt es eine große Bereitschaft zur Integration von Kindern und Jugendlichen aus aller Welt, aber leider zu wenig personelle Reserven. Grundlage ist die Förderung der Kinder in ihrer Muttersprache und ein ausreichendes Angebot an Deutschkursen, die leistungsfähig, erreichbar und zugänglich sein müssen. Die von der Regierung verordneten „Deutschklassen“ werden hoffentlich nicht zu einer dauernden Trennung der Klasse führen, weil sie damit, wenn auch gut gemeint, leider keinen positiven Effekt auf den intendierten Spracherwerb hätten. Die weitere Schullaufbahn soll jedenfalls von der Begabung der Kinder und nicht von deren sozialen Herkunft abhängen. Eine sozial durchlässige Schule ist für den Erfolg von Integration unerlässlich.

Kleines Detail zum Thema Spracherwerb: Bis zum Level B1 gibt es Kurse, die auch die öffentliche Hand finanziert werden (ÖIF), sollte jemand aber Level B2 oder C1 benötigen (B2 oder C1 sind Voraussetzung für Hochschulen wie z.B. die Sozialpädagogik in Stams, das MCI oder eine Studium auf

der Uni), muss er dies aus eigener Tasche bezahlen. Hier wird den Menschen mit Fluchtgeschichte ein höherer Bildungsweg nicht gerade einfach gemacht.

Adäquate Wohnverhältnisse: Um sozial segregierte Wohnverhältnisse zu vermeiden, braucht es eine Wohnbaupolitik, die die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bewusst forciert und einen – für alle – leistbaren Wohnraum ohne hohe Eigenkapitalquote bietet.

Integration in den Gemeinden: Familien mit Migrationshintergrund ziehen oft in eine Gemeinde, in der die Wohnung mit der Sozialhilfe erschwinglich ist, ohne dort jemanden zu kennen. Flüchtlinge kommen oft aus Flüchtlingsheimen, in denen sie sich nie um Dinge wie Betriebskosten, Miete oder Strom haben kümmern müssen. So kommt es oft zu Überforderungen der Familien: sie kalkulieren die Betriebskosten oder den Strom falsch und kommen so in Zahlungsverzug; sie finden keinen Anschluss an der Gemeinde, weil sie niemanden kennen und nicht wissen wie sie erste Kontakte schließen sollen. Es kommt auch zu Überforderungen der Gemeinden: die Bürger können die „Fremden“ nicht einschätzen und es entstehen Ängste, weil man sich nicht kennt. Es kommt zu Vorurteilen und Missverständnissen auf beiden Seiten. Vielleicht wäre auch eine „ambulante Einsatztruppe“ wichtig, die den Gemeinden und Migranten vor Ort in der Anfangsphase hilft, um den Prozess einer möglichen Integration möglichst rasch auf Schiene zu bekommen. Einige Tiroler Gemeinden haben bereits „Integrationshelfer“ angestellt, Menschen, die den Zugezogenen in allen Fragen des Ankommens in der Gemeinde behilflich sind und die häufigsten Problemfelder (Wohnung, Sprachbarrieren, Lärm, Müllvermeidung, Wege zu den Ämtern, Schulbesuch regeln, Ärzte, ...) im Auge haben. Mit einer rechtzeitigen Anleitung und Bewusstmachung von alltäglichen Anforderungen im Tiroler Alltag können Integrationschwierigkeiten nicht zu „sozialen Entzündungsherden“ auswachsen. Als positives Beispiel nenne ich die Gemeinde Steinach am Brenner. Dort ist ein Sozialarbeiter für diese basale Integrationsarbeit eingesetzt worden. Künftig könnte die Schulung solcher Integrationshelfer/innen von der Caritas übernommen werden. Vor allem größere Gemeinden oder ein Gemeindeverbund sind gut beraten, eine solche Person mit dieser spezifischen Qualifikation anzustellen.

Politische Partizipation: Es entspricht dem demokratischen Grundverständnis, dass möglichst alle, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, bei diesen auch entsprechend mitentscheiden können. Zuwanderer sollen daher in politische Willensbildungsprozesse so rasch wie möglich eingebunden werden, in einem ersten Schritt etwa durch die Einräumung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene.

Zugang zur Staatsbürgerschaft: Die Staatsbürgerschaft gibt besondere Teilhaberechte an, bzw. in unserer Gesellschaft. Im Sinne der Integration braucht es im Einbürgerungsrecht Verbesserungen, etwa einen Abbau der hohen Verleihungsgebühren oder eine bessere Berücksichtigung der so genannten „zweiten Generation“.

6. Integration ist die beste Investition in die Zukunft unseres Landes

Die Aufgabenstellung Integration darf nicht ständig von Fragen der Sicherheit und anfallender Kosten überlagert und dominiert werden. Die Verknüpfung von Schwierigkeiten laufender Integrationsprozesse mit dem scheinbar schwindenden Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist eine gefährliche politische Kalkulation. Sie ist vor allem respektlos gegenüber der Mehrheit der Zugezogenen, die sich um eine konstruktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bemühen.

Integration ist eine soziale Investition: Sie kostet selbstverständlich auch Geld und ist konkrete, intensive Arbeit vor Ort – community work. Sie bedingt, dass auf den unterschiedlichen Ebenen

Strukturen geschaffen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, um konkrete, nachhaltige Integrationsmaßnahmen im Dienste der Gesamtgesellschaft zu ermöglichen. Jeder Euro, der für rechtzeitige und qualitätsvolle Integrationsmaßnahmen investiert wird, ist bestens angelegtes Geld. In Integrationsmaßnahmen nicht zu investieren, wird sich im Laufe der Jahre nicht nur monetär rächen.

Sehr wichtig für die Integration – ich habe diesen Punkt schon mehrmals angesprochen – sind Netzwerke von Beziehungen im Dorf und in der Gemeinde, angefangen vom Fußballverein bis hin zur Musikkapelle. Ebenso die Kontakte mit Freiwilligen, die bei den vielen Schwierigkeiten behilflich sind, die sich einem Menschen auftun, der aus einem komplett anderen Kulturkreis zugewandert ist. Mit allen Beteiligten geht es um einen menschlich wertvollen Austausch von Lebenswissen und Lebenserfahrung auf Augenhöhe. Integration kann nur auf dieser zwischenmenschlichen Ebene stattfinden, nicht von oben herab verordnet werden. Hier bräuchte es noch mehr Angebote für Freiwillige: Ausbildungen; laufende Betreuung von hauptamtlichen Profis, um Überforderungen zu vermeiden und Durststrecken zu überwinden; Infoveranstaltungen, um die Lage der Migranten besser verstehen zu können; Supervisionen und Vernetzungstreffen unter den Freiwilligen, um diese zu stärken. Das Buddy-System der Caritas hat sich hier schon bestens bewährt: Aktuell sind ca. 130 Personen als persönliche Begleiter im Einsatz. Sie brauchen für ihren Dienst nicht nur eine gute Grundinformation sondern auch permanent eine Supervision.

Zusammenfassung:

Eine Gesellschaft ist erst dann integer, d.h. vollständig und „ganz“, wenn sie es weitreichend schafft, möglichst alle an ihrem „Reichtum“, d.h. an ihren Lebens-, Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten teilhaben zu lassen; wenn in ihr Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur am Rande geduldet, sondern auch selbst zur Mitte gehören; wenn aus „Ausländer/innen“ gleichberechtigte Bürger/innen geworden sind; wenn sie die positiven Aspekte der Vielfalt, das Potential der Menschen, die Begabungen und menschlichen Ressourcen erkennt und nützt.

Für dieses Ziel ist – bei allem, was es schon an hervorragenden Integrationsbemühungen in unserem Land gibt – noch einiges zu tun. Zuversichtlich und mit einem langen Atem sollten wir uns dieser großen Herausforderung auch in Zukunft stellen. „Am Leben Anteil geben“ scheint mir das geeignete Motto zu sein.